

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2018

Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	1
EU-Kommission stellt neues Arbeitsprogramm vor.....	1
EU-Haushalt 2019 in der Diskussion	1
Verordnung zum Europäischen Solidaritätskorps tritt in Kraft.....	1
Europäische Kommission veröffentlicht Kurzbrief zu familienfreundlichen Arbeitsplätzen	1
EU-Kommission eröffnet zweite Runde von Discover EU	1
EU-Kommission stellt Bewertungstool für digitales Lernen vor.....	2
EU-Parlament nimmt neue Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste zum Schutz von Kindern an.....	2
Ratssitzung und Studie zu Gleichstellung in der EU	2
Dreigliedriger Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung berät Umsetzung der ESSR	3
Maßnahmen zur Dokumentation und Bekämpfung sexualisierter Belästigung im EU-Parlament	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Indexierung der Kinderbeihilfe in Österreich beschlossen	3
Initiative „Frauen*Volksbegehren“ in Österreich.....	3
Rumänien: Referendum zum Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen gescheitert	4
Ungarn setzt geplante Streichung des Studiengangs Gender Studies um.....	4
Ungarn stellt Obdachlosigkeit unter Strafe	4
Bulgarien: Plattform gegen Gewalt an Kindern ins Leben gerufen	4
Schottland: Konsultation zur Zukunft von eingetragenen Lebenspartnerschaften.....	4
Weitere Nachrichten	5
Neues zum Work-Life-Balance-Paket der EU-Kommission	5
Veröffentlichungen zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut.....	5
International Safe Abortion Day am 28.September.....	6
Staatenberichtsverfahren 2018 zum UN-Sozialpakt für Deutschland	6
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss begrüßt EU-Jugendstrategie.....	6
Diskussionsrunde zur politischen Bildung in Europa	7
Reformen des Reduzierten Mehrwertsteuersatzes	7
Ageing Equal: Kampagne gegen Altersdiskriminierung gestartet.....	7
Berichte und Studien.....	7
OECD: Studie zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im digitalen Zeitalter.....	7
Europäische Kommission: Bericht zur Allgemeinen und Beruflichen Bildung.....	8
OECD: Studie zu sozial benachteiligten Kindern im Bildungssystem	8
Neue Publikationen von Population Europe	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission stellt neues Arbeitsprogramm vor

Das neue Programm, das am 23. Oktober vorgestellt wurde, enthält die Schwerpunkte für das letzte Jahr ihrer Amtszeit. Die Kommission plant eine geringere Anzahl an neuen Initiativen, um einen stärkeren Fokus auf die sich derzeit im Prozess befindlichen legen zu können. Neue Initiativen sind zum Beispiel im Gesundheitsbereich, bei öffentlichen Investitionen sowie der nachhaltigen Entwicklung geplant. Zudem sollen Desinformationen bekämpft und die europäische Demokratie gestärkt werden. Die Vorbereitung auf den Brexit und mit dessen Auswirkungen auf die Rechtsbasis der Union sind eine weitere Priorität.

- [Zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission](#) 

EU-Haushalt 2019 in der Diskussion

Das EU-Parlament hat am 24. Oktober den Gesamthaushaltsplan für 2019 beschlossen. Gegenüber dem Vorschlag der Kommission sind höhere Ausgaben für Jugend, Innovation und Migration vorgesehen. So soll zum Beispiel das Erasmus+-Budget um 362 Millionen Euro ansteigen. Gegenüber den bereits erfolgten Vorschlägen des Rats möchte das Parlament jedoch diverse vom Rat vorgeschlagene Budgetkürzungen nicht durchführen. Als nächsten Schritt erfolgen nun in den nächsten drei Wochen Verhandlungen zwischen dem Rat und dem Parlament. Ziel ist es, dass das Budget durch das Europäische Parlament Ende November beschlossen und am 29. November durch den Parlamentspräsidenten unterschrieben wird. Sollte sich jedoch keine Einigung finden, muss die Europäische Kommission einen neuen Vorschlag unterbreiten.

- [Haushaltentwurf der Europäischen Kommission](#) 

Verordnung zum Europäischen Solidaritätskorps tritt in Kraft

Seit dem 05. Oktober ist die Verordnung zum Europäischen Solidaritätskorps offiziell in Kraft. Bereits im September war es durch Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates beschlossen (siehe [Europa-News 09/2018](#)). Sie soll solidarische Aktivitäten und Projekte junger Europäer/innen fördern, die der europäischen Integration und sozialen Inklusion dienen.

Europäische Kommission veröffentlicht Kurzbrief zu familienfreundlichen Arbeitsplätzen

Der Kurzbericht gibt einen Überblick über das Themenfeld Vereinbarkeit von Familie und Beruf als europäische Herausforderung. Es werden Umfrageergebnisse zur Work-Life-Balance im Vergleich der EU-Länder dargestellt, die Rechtslage in verschiedenen Staaten diskutiert sowie eine Übersicht verschiedener Modelle flexibler Arbeitszeitgestaltung gegeben. Zudem werden Nicht-Regierungsinitiativen zur Bearbeitung dieses Problemfeldes vorgestellt.

- [Kurzbereich der Europäischen Kommission zu familienfreundlichen Arbeitsplätzen](#) 

EU-Kommission eröffnet zweite Runde von Discover EU

In der ersten Runde im Sommer 2018 ermöglichte es die Initiative 15.000 Jugendlichen, mit dem DiscoverEU Travel-Pass durch Europa zu reisen. Sie geht auf einen Entwurf aus dem Europäischen Parlament zurück und soll im aktuellen Programmvorschlag der europäischen Kommission im Rahmen des Erasmus-Plus-Nachfolgeprogramms fortgesetzt werden. Für die zweite Runde stehen 12.000 Travel-Pässe zur Verfügung,

auf die sich Jugendliche im Zeitraum vom 29. November bis zum 11. Dezember über das Europäische Jugendportal bewerben können. Die ausgewählten Teilnehmer/innen können im Zeitraum vom 15. April bis zum 31. Oktober 2019 für maximal 30 Tage Europa bereisen.

- [Weitere Informationen zur Initiative und zum Bewerbungsverfahren](#)

EU-Kommission stellt Bewertungstool für digitales Lernen vor

Als eine der Initiativen des Aktionsplans für digitale Bildung wurde am 25. Oktober das Bewertungstool SELFIE (Self-reflection on Effective Learning by Fostering the use of Innovative Educational Technologies) vorgestellt. Leitung, Lehrer/innen und Schüler/innen teilnehmender Schulen können künftig über die Plattform Angaben zur Nutzung digitaler Technologien im Unterricht machen. Sie soll den Informationsaustausch innerhalb Europas fördern und damit Kenntnisse zum besseren Einsatz verschiedener Technologien liefern. Das Tool ist auf 24 Sprachen verfügbar und soll bis Ende 2019 europaweit eine Million Schüler/innen, Lehrer/innen und Schulleitungen erreichen. In Serbien steht SELFIE bereits zur Verfügung; offiziell startete die Initiative an einer Sekundarschule in Warschau.

- [SELFIE](#)
- [Zum Aktionsplan digitale Bildung](#)

EU-Parlament nimmt neue Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste zum Schutz von Kindern an

Am 02. Oktober hat das EU-Parlament eine neue Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste angenommen. Ziel ist ein besserer Schutz für Kinder und ein Anteil europäischer Inhalte von 30% bei Videoabrufdiensten. Neben den klassischen Rundfunkanstalten gelten die neuen Regeln nun auch auf Video-On-Demand- und Video-Sharing-Plattformen wie Netflix, YouTube, Facebook und Videoplattformen mit Live-Streaming. Mit den Änderungen soll ein verbesserter Schutz von Minderjährigen vor Gewalt, Hass, Terrorismus und schädlicher Werbung gewährleistet werden. Die Anbieter audiovisueller Mediendienste sollten über wirksame Mechanismen zur Bekämpfung von Inhalten verfügen, die zu Gewalt, Hass und Terrorismus anstacheln. Die Verantwortung liegt nun bei den Video-Sharing-Plattformen, schnell zu reagieren, wenn Inhalte von Nutzern als schädlich gemeldet werden. Zudem verschärfen sich mit der Richtlinie die Vorschriften für Werbung, Produktplatzierung in Kinderprogrammen und Inhalte auf Video-on-Demand-Plattformen. Außerdem dürfen Anbieter audiovisueller Medien die von den Nutzer/innen gesammelten Daten nicht für kommerzielle Zwecke wie etwa Profiling und auf das Nutzungsverhalten abgestimmte Werbung verwenden. Die Vereinbarung muss noch vom Rat der EU-Minister/innen angenommen werden. Nach dem Inkrafttreten muss die Richtlinie innerhalb von 21 Monaten in nationales Recht umgesetzt werden.

- [Weitere Informationen zur Richtlinie](#)

Ratssitzung und Studie zu Gleichstellung in der EU

Bei einer informellen Ratssitzung der für Gleichstellung zuständigen Minister/innen am 12.10.2018 in Wien unterzeichneten diese eine gemeinsame Deklaration zur Geschlechtergerechtigkeit. Darin beklagen sie eine fehlende institutionelle Vernetzung und Stetigkeit des Austauschs zwischen wichtigen Akteur/innen dieses Politikfelds in Europa. Mit der Deklaration soll eine verbindliche Referenz für Mitgliedstaaten und EU-Institutionen geschaffen und ein Zeichen an die Öffentlichkeit gesetzt werden. Angestrebt seitens der Minister/innen ist eine neue EU-Gleichstellungsstrategie.

Im Rahmen des Treffens wurde zudem eine Studie des Europäischen Instituts für Gleichstellung vorgestellt, in der geschlechtsspezifische Auswirkungen der Digitalisierung untersucht wurden. Darin wird berichtet,

dass junge Frauen und Männer zwar in etwa gleichem Umfang digitale Angebote nutzen, jedoch in unterschiedlichen Bereichen: So nutzen Männer soziale Medien häufiger für politisches Engagement online, während Frauen zu größeren Anteilen selbst produzierte Inhalte ins Netz stellen. Hinsichtlich Social Media erleben Frauen häufiger Online-Belästigungen und sind im Durchschnitt häufiger besorgt, bei der Teilnahme an Online-Diskussionen mit 'Hate-Speech' konfrontiert zu werden. Männern begegnet in ihrem Nutzungsverhalten häufiger Material mit rassistischen oder religiös extremistischen Inhalten. Diese und weitere Erkenntnisse aus der Studie sollen in die neue europäische Gleichstellungsstrategie einfließen.

- [Gender equality and youth: opportunities and risks of digitalisation](#)  

Dreigliedriger Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung berät Umsetzung der ESSR

Zum Dreigliedrigen Sozialgipfel am 16. Oktober 2018 kamen die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission mit den Europäischen Sozialpartnern zusammen. Neben Potentialen der Digitalisierung für Arbeitsmärkte und Wirtschaft und dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) wurde über die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte beraten.

- [Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte](#)

Maßnahmen zur Dokumentation und Bekämpfung sexualisierter Belästigung im EU-Parlament

Das EU-Parlament hat 3. Oktober 2018 ein neues Maßnahmenpaket mit aktualisierten Richtlinien für die Arbeit des Beratungsausschusses gegen Belästigung veröffentlicht, mit dem ein besserer Opferschutz gewährleistet werden soll. Angestrebt ist zudem der Einsatz einer Arbeitsgruppe von Sachverständigen, die nicht nur die Lage in Bezug auf das Problem bewerten, sondern auch die bereits etablierten Beschwerdestellen überprüfen. Bereits im September hatte das Parlament mit der Entschließung zur Verhütung und Bekämpfung von Mobbing und sexueller Belästigung (siehe [Europa-News 09/2018](#)) auf die Berichte zu sexualisierter Belästigung von Frauen im EU-Parlament reagiert.

- [Entschließung des Europäischen Parlaments zur Verhütung und Bekämpfung von Mobbing und sexueller Belästigung](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Indexierung der Kinderbeihilfe in Österreich beschlossen

Die österreichische Regierung hat eine Neuregelung beschlossen, nach der Kindergeldbeträge für im Ausland lebende Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten angepasst werden sollen. Diese sogenannte Indexierung wird vor allem Bürger/innen der Slowakei und Ungarns betreffen, die in Österreich arbeiten. Die EU-Kommission teilte daraufhin ihre Einschätzung mit, dass diese Änderung gegen EU-Recht verstoße und nach ihrer Umsetzung mit einer Klage vor dem EuGH zu rechnen sei. Die Indexierung benachteilige Arbeitnehmer/innen, deren Abgaben in das österreichische Sozialsystem fließen und die demnach die gleichen Beihilfen zu erhalten müssten.

Initiative „Frauen*Volksbegehren“ in Österreich

Das „Frauen*Volksbegehren“ fordert konkrete Maßnahmen, um die soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Geschlechter voranzubringen: Die Initiative fordert politische Teilhabe, den Abbau

von Einkommensungleichheiten, Armutsbekämpfung, den Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Selbstbestimmung sowie die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Insgesamt stimmten knapp 500.000 Bürger/innen Österreichs für die Initiative, sodass sich der Nationalrat nun mit dem Begehren auseinandersetzen muss.

Rumänien: Referendum zum Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen gescheitert

Das Begehren zur Änderung der Verfassung vom geschlechtsneutralen Begriff „Ehegatten“ zur eindeutig heterosexuellen Definition der Ehe in Ungarn ist gescheitert. Da sich lediglich ca. 20 Prozent der über 18 Millionen Wahlberechtigten in Ungarn am 6. und 7. Oktober an der Abstimmung beteiligten, verfehlte das Referendum die notwendigen 30 Prozent Beteiligung für eine gültige Volksbefragung. Von jenen, die sich beteiligt haben, stimmten ca. 90 Prozent für die Verfassungsänderung. Das Referendum war vom Bündnis „Koalition für die Familie“ initiiert worden.

Ungarn setzt geplante Streichung des Studiengangs Gender Studies um

Die bereits im August (siehe [Europa-News 08/2018](#)) angekündigte Aufhebung der Zulassung von Studiengängen im Forschungsgebiet Gender Studies wurde nun durch einen Regierungserlass des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán umgesetzt. Mit der Begründung fehlender Nachfrage nach Absolvent/innen dieses Faches wurden die Kurse der bestehenden Masterstudiengänge der Budapester Universitäten ELTE und CEU mit sofortiger Wirkung aus der Liste der angebotenen Fächer entfernt.

Ungarn stellt Obdachlosigkeit unter Strafe

Seit dem 15. Oktober 2018 ist es in Ungarn gesetzlich untersagt, auf der Straße zu leben. Das neue Verbot betrifft ca. 30.000 Wohnungslose in Ungarn, die aufgrund fehlender Plätze in Heimen und Unterkünften gezwungen sind, auf der Straße zu übernachten. Künftig können Wohnungslose zu Freiheitsstrafen oder gemeinnütziger Arbeit verurteilt werden, wenn sie von der Polizei auf der Straße aufgegriffen werden. Kritiker/innen sehen in der Neuerung die Tendenz zur Kriminalisierung von Armut als strafendes Mittel der Sozialpolitik.

Bulgarien: Plattform gegen Gewalt an Kindern ins Leben gerufen

Das Bündnis „Childhood without Violence“ ist eine Kooperation verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen in Bulgarien. Es wurde ins Leben gerufen, da nach Einschätzung der Gründer/innen staatliche Maßnahmen zu wenig Fortschritte machten. Die Plattform soll die Vernetzung von Akteur/innen aus allen gesellschaftlichen Bereichen fördern und in Zusammenarbeit Positionen erarbeiten, Forschungsvorhaben durchführen und praktische Programme ins Leben rufen.

Schottland: Konsultation zur Zukunft von eingetragenen Lebenspartnerschaften

In Schottland hat die Regierung am 28. September eine Konsultation zum zukünftigen Umgang mit eingetragenen Lebenspartnerschaften (civil partnerships) gestartet, die noch bis zum 21. Dezember geöffnet ist. Änderungen in der Gesetzgebung waren nötig geworden, da der UK Supreme Court die aktuelle Regelung als unzulässig erklärt hat. Die Begründung für das Urteil war, dass in der bisherigen Regelung eine Partnerschaft zwischen heterosexuellen Partnern ausgeschlossen ist (siehe [EuropaNews Juni 2018](#)). In der nun gestarteten Konsultation werden zwei Optionen zur zukünftigen Gestaltung vorgeschlagen. Zum einen

könnte die „Civil Partnership“ ganz abgeschafft werden (bzw. es können keine neuen Partnerschaften mehr geschlossen werden) und zum anderen die Erweiterung auch auf heterosexuelle Paare.

- [Zum Konsultationspapier](#)  

Weitere Nachrichten

Neues zum Work-Life-Balance-Paket der EU-Kommission

COFACE Families Europe setzt bei ihrer Kampagne #IWantWorkLifeBalance weitere Impulse. Geplant sind weitere Social Media Aktionen, unter anderem mit der Veröffentlichung neuer Kurz-Videos. Anlass sind die derzeit stattfindenden Verhandlungen zwischen Rat, Europäischem Parlament und Kommission (sogenannter Trilog). Vor dem Hintergrund der nächsten Gesprächstermine am 5. und 12. November sollen sie die Ziele der Kampagne stärker in den Fokus der öffentlichen Debatte rücken.

Zudem ist die Dokumentation des Europäischen Fachgesprächs der AGF zum Vereinbarkeitspaket vom 02. Juli 2018 erschienen. Sie enthält Beiträge des Fachgesprächs zu Inhalten, Stand und weiterer Planung des WLB-Pakets, einem Überblick über die europäische Debatte, den Positionen der Bundesregierung und zu Positionen und Plänen der neuen Ratspräsidentschaft. Zudem sind Länderreports zu Frankreich, Italien, Tschechien und Ungarn enthalten. Die Dokumentation kann digital heruntergeladen und als Druckversion bei der AGF-Geschäftsstelle bestellt werden (info@ag-familie.de). Die Dokumentation ist Deutsch / Englisch. Die Druckversion wird allen Teilnehmenden automatisch in den nächsten Tagen zugeschickt.

- [Kampagnenwebsite der COFACE Families Europe zum Vereinbarkeitspaket](#)
- [Zum Download der AGF-Dokumentation](#)

Veröffentlichungen zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut







Anlässlich des Tags für die Beseitigung der Armut am 17. Oktober wurden verschiedene Studien und Berichte publiziert. Eine neue OECD-Studie untersucht die Entwicklung von Kinderarmut in den Industriestaaten der OECD. Sie legt dar, dass in den meisten OECD-Ländern Kinder stärker von Armut betroffen sind als die Gesamtbevölkerung. Zudem betont sich den Anstieg von Kinderarmut seit der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die besondere Betroffenheit von Kindern, die bei Alleinerziehenden aufwachsen. Jedoch sei auch das Einkommen von Kindern in Zwei-Eltern-Familien im unteren Viertel der Einkommensverteilung in zehn Staaten gesunken. Die Studie verweist auf die Notwendigkeit sowohl von besserer Unterstützung der Familien durch Sozialleistungen als auch von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur besseren Erwerbsbeteiligung von Eltern.

Im Bericht der Europäischen Agentur für Grundrechte (FRA) wird darauf verwiesen, dass jedes vierte Kind unter 18 Jahren in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen ist. Der Bericht betrachtet die Situation in den jeweiligen Mitgliedstaaten und legt ein Augenmerk auf einige besonders betroffene Gruppen, darunter Kinder mit Migrationshintergrund und Angehörige von Minderheiten. Die Ergebnisse werden im Hinblick auf die EU-Grundrechtscharta diskutiert und Politik-Empfehlungen formuliert. Dazu zählen die Etablierung des vom EU-Parlament vorgeschlagenen europäischen Garantiesystems für Kinder, die Koppelung der Vergabe von EU-Fördermitteln an Maßnahmen zum Abbau von Kinderarmut und die Aufnahme des Themas in die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission.

Die europäische Statistikbehörde Eurostat veröffentlichte Daten für das Jahr 2017 zur Armutsentwicklung in der EU. Demnach sind weniger Teile der Bevölkerung als in den vorherigen Jahren, aber immer noch 22,5%

der Menschen in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. Am höchsten seien die Armutsquoten in Bulgarien (23,9%), Rumänien (35,7%) und Griechenland (34,8%) Die niedrigsten Anteile Betroffener werden für die Tschechische Republik (12,2%), Finnland (15,7%) und die Slowakei (16,3%), berichtet. In Deutschland sind 19% der Bevölkerung von Armut betroffen.

Für Deutschland veröffentlicht die Nationale Armutskonferenz ihren dritten Schattenbericht zur Armut in Deutschland. Der Bericht gibt einen Überblick über den armutspolitischen Handlungsbedarf und lässt Betroffene zu Wort kommen.

- [OECD-Studie "Poor children in rich countries: why we need policy action"](#)  
- [Agentur der EU für Grundrechte "Combating child poverty: an issue of fundamental rights"](#)  
- [Eurostat-Pressemitteilung mit ausführlicheren Zahlen](#) 
- [Download des 3. Schattenberichts der Nationalen Armutskonferenz](#) 

International Safe Abortion Day am 28. September

Zum Internationalen Tag für die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs haben weltweit Veranstaltungen und Proteste stattgefunden. In Europa ist die Rechtslage zu Schwangerschaftsabbrüchen in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich: In Malta sind sie zum Beispiel ganz verboten, in den meisten anderen Staaten mit unterschiedlichen Bedingungen verbunden. Neben den formalen Regelungen kann sich der Zugang in einigen Staaten durch praktische Einschränkungen erschweren, wie z.B. den Abbau qualifizierten Personals, der Regelung über Gewissensentscheidungen von Ärzt/innen und der Schließung von entsprechenden Einrichtungen.

Staatenberichtsverfahren 2018 zum UN-Sozialpakt für Deutschland

Der Ausschuss zum UN-Sozialpakt überprüft Deutschland im Staatenberichtsverfahren zum UN-Sozialpakt 2018. Der UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt, UN-Covenant on Economic, Social and Cultural Rights) wurde von Deutschland 1966 ratifiziert und die Umsetzung der Rechte wird in wiederkehrenden Überprüfungsverfahren untersucht. Der Dialog zum Staatenbericht fand am 25. September 2018 während der 64. Sitzung des UN-Sozialpaktausschusses statt. Ein dringlicher Zwischenbericht wurde für die Themen Kinderarmut, Recht auf Wohnen und die Pflege älterer Menschen angefordert, da die Situation hier jeweils als dringend verbesserungswürdig eingestuft wurde. Kritisiert wurden zudem die Stellung inter- und transsexueller Personen, insbesondere die Praxis der operativen Geschlechtsangleichung von intersexuellen Kindern. Weitere Empfehlungen wurden zur umfassenden Erwerbsteilhabe von Frauen und ihrer Beteiligung auf allen beruflichen Hierarchieebenen ausgesprochen. Angemahnt wurde außerdem die zeitweise ausgesetzte und weiterhin beschränkte Familienzusammenführung von Migrant/innen.

- [Zu den Abschließenden Bemerkungen der Staatenberichtsprüfung 2018](#) 

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss begrüßt EU-Jugendstrategie

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss befürwortet die neue EU-Jugendstrategie und dabei insbesondere die Einrichtung eines EU-Jugendkoordinators. Der Ausschuss formuliert zudem eigene Vorschläge für die Strategie. Dazu zählt eine bessere Vernetzung mit bestehenden Programmen wie Erasmus+, der EU-Jugendgarantie und dem Europäischen Solidaritätskorps. Empfohlen wird zudem ein ganzheitlicher Zugang unter Verknüpfung verschiedener Politikfelder, die Erweiterung der Strategie um

Programme mit einem Fokus auf globale Herausforderungen für Jugendliche und ein stärkeres Augenmerk auf Beschäftigungsfragen.

Diskussionsrunde zur politischen Bildung in Europa

Am 27. September kamen Politiker/innen, Expert/innen und Akteur/innen der Zivilgesellschaft im EU-Parlament zusammen, um die Zukunft der politischen Bildung zur demokratischen Kultur und europäischer Werten in Europa zu diskutieren. Die Diskussionsrunde wurde von der SOLIDAR-Stiftung und der Arbeitsgruppe Jugend des EU-Parlaments organisiert. Als Ziel wurde mit Verweis auf das erste Prinzip der Europäischen Säule sozialer Rechte vor allem der gleichberechtigte Zugang zu Bildung für alle gesellschaftlichen Gruppen formuliert. Außerdem wurden Best Practices im Bereich praktischer Ansätze ausgetauscht: Betont wurde vor allem die Wichtigkeit lokaler Kooperationen mit ganzheitlichem Ansatz, der in der Zusammenarbeit von Schüler/innen, Eltern, Schulen und Arbeitgebern erreicht werden könne.

Reformen des Reduzierten Mehrwertsteuersatzes

Auf einen Vorschlag der EU-Kommission hin haben die Finanzminister am 2. Oktober beschlossen, den Mitgliedstaaten eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf elektronische Publikationen wie E-Books und elektronische Zeitschriften freizustellen. Auch eine Mehrwertsteuersenkung von Hygieneartikeln für Frauen wird weiterhin debattiert: Nachdem Großbritannien die Mehrwertsteuer für Artikel wie Tampons und Damenbinden im Jahr 2016 abgeschafft hatte, leitete auch die EU-Kommission im Januar 2018 diesbezügliche Reformen ein. Während Befürworter/innen dies als überfällig bezeichnen, wird aus ökologischer Perspektive dagegen angeführt, dass diese im Gegensatz zu mehrfach verwendbaren Alternativen große Mengen Müll produzieren und ihre Verwendung steuerlich nicht begünstigt werden sollte.

Ageing Equal: Kampagne gegen Altersdiskriminierung gestartet

Anlässlich des Internationalen Tags der älteren Menschen am 01. Oktober startete die Age Platform Europe die Kampagne Ageing Equal gegen Altersdiskriminierung. Sie soll für sogenannten ‚Ageism‘, also die systematische Diskriminierung von Personen aufgrund ihres Alters sensibilisieren. Dazu wird in jeder der zehn Wochen ihrer Laufzeit ein Aspekt dieses Themenbereichs aufgegriffen.

Berichte und Studien

OECD: Studie zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im digitalen Zeitalter

In der Studie werden Entwicklungen der psychischen Gesundheit und der Nutzung digitaler Technologien und sozialer Medien von Kindern und Jugendlichen auf Zusammenhänge untersucht. Für den Zeitraum von 2012 bis 2015 wird ein durchschnittlicher Anstieg der Nutzung sozialer Medien bei Kindern von 40 Minuten täglich berichtet. Die Studie stellt dar, dass eine moderate Nutzung zwar zu verbesserter sozialer Einbindung von Kindern beitrage; eine exzessive Nutzung insbesondere sozialer Netzwerke jedoch einen negativen Effekt auf die psychische Gesundheit und ausreichenden Schlaf habe. Problematisiert werden zudem die steigenden Zahlen von Mobbing im Netz („Cyber-Bullying“) sowie der Einflüsse sozialer Netzwerke auf Probleme mit Körperbildern und Essstörungen bei Jugendlichen.

- [Children and Young People's Mental Health in the Digital Age](#)  

Europäische Kommission: Bericht zur Allgemeinen und Beruflichen Bildung

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 16. Oktober 2018 den aktuellen Monitor zur Allgemeinen und Beruflichen Bildung in der EU. In ihm werden jährlich die Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (European Targets, ET2020) bekannt gegeben. Der Bericht folgert, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union insgesamt Fortschritte bei der Erreichung der für 2020 festgelegten EU-Bildungsziele gemacht hätten. Für das Jahr 2016 berichtet die Kommission, dass die Quote der Schulabgänger/innen ohne Abschluss auf 10,6% gesunken und damit beinahe auf das Ziel von 10% bis 2020 erreicht sei. Die Zahl der Hochschulabsolvent/innen stieg auf 39,9% und liegt damit ebenso bereits fast beim formulierten Ziel von 40%. Mit 95,5% der Kinder über vier Jahren in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sei das Ziel von 95% sogar übertroffen worden. Negativ angemerkt wird, dass die Investitionen der Mitgliedstaaten durchschnittlich immer noch unter dem Niveau von vor der Wirtschafts- und Finanzkrise liegen. Deutschland befindet sich mit 4,2% des BIP weiterhin unter dem EU-Durchschnitt. Schwerpunkt des diesjährigen Berichts war die Erziehung zur Staatsbürgerschaft.

- [Zum Bericht und weiteren Informationen](#) 

OECD: Studie zu sozial benachteiligten Kindern im Bildungssystem

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass sich die Bildungserfolge von Kindern aus Akademikerfamilien und Arbeiterhaushalten noch immer deutlich unterscheiden. So liege der Durchschnitt der Leistungsunterschiede von Schülern in den OECD-Staaten bei 13 Prozent. Spitzenreiter seien Norwegen und Estland mit acht Prozent. Deutschland habe im Vergleich mit anderen Staaten stark aufgeholt. Dennoch würde sich der Leistungsunterschied noch bei ca. 16 Prozent liegen (2006: 20 Prozent).

- [Weitere Informationen zur Studie „Chancengleichheit in der Bildung: Abbau von Barrieren für soziale Mobilität“](#) 

Neue Publikationen von Population Europe

Population Europe hat Discussion Papers zu den Themen alternde Erwerbsbevölkerung in den baltischen Ländern und dem Integrationsprozess von Migrant/innen in verschiedenen europäischen Ländern veröffentlicht. Zudem sind Policy Briefs zu sozialer Ungleichheit in alternden Gesellschaften und zur Erwerbsintegration älterer Menschen erschienen.

- [Discussion Paper No. 9: Ageing Workforce, Social Cohesion and Sustainable Development](#) 
- [Discussion Paper No. 8: Similar but Different](#) 
- [Policy Brief: Preventing Inequalities in Ageing Societies](#) 
- [Policy Brief: A One-Size-fits-All Solution for Increasing the Employment Level of Older People?](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
7. Nov. 2018 London, England	10th Annual Young People's Sexual Health and Well Being Symposium: Delivering Effective and Inclusive PSHE and SRE	Public Policy Exchange

7. Nov. 2018 Paris, Frankreich	OECD conference on Policy Responses to New Forms of Work	Trade Union Advisory Committee to the OECD
8. Nov. 2018 Berlin, Deutschland	Abschlussveranstaltung: Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland	DJI, JUGEND für Europa, BMFSFJ
14.-16. Nov. 2018 Paris, Frankreich	Women's Forum Global Meeting	Women's Forum for the Economy & Society
22. Nov. 2018 Brüssel, Belgien	Tackling Violence against Women and Girls in the EU: Educating, Empowering, Protecting and Prosecuting	Public Policy Exchange
22.-23. Nov. 2018 Brüssel, Belgien	Economics at the service of society	COFACE Families Europe
22.-23. Nov. 2018 Strasbourg, Frankreich	4th International Conference on Shared Parenting (ICSP)	Office of the Secretary General of the Council of Europe
22.-24. Nov. 2018 Novi Sad, Serbien	General Assembly des European Youth Forums	European Youth Foun
29.-30. Nov. 2018, Lissabon, Portugal	Building Social Europe	Social Platform
19. November 2018, Gent	Community Based Early Childhood Education and Care (ECEC) for Roma Children & Families	TOY for inclusion

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

